

Satzung
über die 1. Änderung des Bebauungsplans
Industriegebiet „Weinstetter Straße“
auf Gemarkung Winterlingen
sowie Örtlicher Bauvorschriften

Der Gemeinderat der Gemeinde Winterlingen hat am _____ in _____ öffentlicher Sitzung die 1. Änderung des Bebauungsplans Industriegebiet „Weinstetter Straße“ nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) sowie die Örtlichen Bauvorschriften nach § 74 Landesbauordnung (LBO), jeweils in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) als jeweils selbständige Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Für den räumlichen Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung sowie der Örtlichen Bauvorschriften ist der Lageplan vom 30.05.2022 maßgebend. Er ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2

Bestandteile der Satzung

Die Satzung besteht aus:

1. Lageplan vom 30.05.2022
2. Textteile und Örtliche Bauvorschriften vom 30.05.2022
3. Umweltbericht vom 30.05.22
4. Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP) vom 30.05.22

§ 3

Inkrafttreten

Die Änderung des Bebauungsplans sowie der Örtlichen Bauvorschriften treten mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 BauGB in Kraft.

Seite 2

Hinweis:

Folgende Verletzungen sind gemäß § 215 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB nur beachtlich, wenn sie innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Bebauungsplans unter Darlegung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich bei der Gemeinde Winterlingen geltend gemacht worden sind:

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,*
- eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,*
- nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel der Abwägungsvorgänge.*

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Bebauungsplanverfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt wurde. Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wurde von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sowie der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB in der derzeit geltenden Fassung über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Winterlingen, den

Dienststempel

*Maier
Bürgermeister*